

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Abteilung und Verwaltung: Prag II., Velkášská 15. • Telefon: 26703, 31400. • (Nachdruck): 26707 • Postfach: 57544

11. Jahrgang.

Samstag, 12. September 1931

Nr. 213.

Macdonald verlangt ein Ermächtigungsgesetz.

Scharfe Opposition der Arbeiterpartei.

London, 11. September. (Eigenbericht.) Das Unterhaus hat heute die von Snowden vorgelegten Haushaltsvorlagen bewilligt. Premierminister Macdonald beantragte dann vor voll befehltem Hause die Annahme des sogenannten Spar-Notgesetzes in zweiter Lesung, wonach die Regierung, die das Vertrauen des Parlaments genießt, für die Dauer eines Monats ohne vorherige Befragung des Hauses Notmaßnahmen sofort durchführen könne, die um der Dringlichkeit der Sanierungsmaßnahmen willen einen Aufschub nicht vertrügen. Weiter verkündete Macdonald, daß die Regierung auch im Luftfahrtwesen große Abstriche vornehmen wolle. Das große englische Luftschiff „R 100“ soll verkauft werden, ebenso die Ankerwerke für Luftschiffe, die in verschiedenen Teilen des englischen Weltreiches errichtet worden sind. Ferner soll der Flughafen in Cardington stillgelegt werden.

Während der Rede des Premierministers kam es wiederholt zu Unterbrechungen durch die neue Opposition. So wurden insbesondere die Zwischenrufe von den Arbeiterbänken laut, als Macdonald erklärte, für die Arbeiterschaft zu sprechen. Macdonald entgegnete, man könne ihm vielleicht außerhalb dieser Zugehörigkeit absprechen, aber nicht innerlich. Er betonte immer wieder die Notwendigkeit, daß England nicht nur sein Budget ausbalanciere, sondern auch die Arbeitslosenversicherung auf eine feste Grundlage stelle. Selbst nach den von der Regierung in Aussicht genommenen Abzügen würden sich die Arbeitslosen durch die inzwischen erfolgte Senkung des Lebenshaltungsindex noch immer besser stellen als vor 1929.

Die Arbeiterpartei schied als ersten Redner den früheren Innenminister Clynes vor, der Macdonald die Berechtigung absprach, in diesem Hause als Vertreter der Arbeiterschaft aufzutreten. Die Regierungsvorschläge berauben die breitesten Schichten der Bevölkerung der notwendigen Lebensbedürfnisse, während die übrigen Bevölkerungsschichten weiterhin in Luxus leben werden. Das beantragte Gesetz sei kein Spargesetz, sondern ein Gesetz zur Unterdrückung der Opposition. Wenn die Arbeiterregierung gewisser Einflüsse entledigt worden wäre, hätte sie das Budget zur Zufriedenheit aller Staatsbürger ausbalancieren können.

Die Debatte wird Montag fortgesetzt werden; es wird dann zur Abstimmung über einen von der Arbeiterpartei eingebrachten Abschonungsantrag kommen.

Empfang Gandhis in Marseille.

Vorhauptig und in Sandalen.

Paris, 11. September. Zum Empfang Gandhis, der heute an Bord des Dampfers „Rajputana“ in Marseille eintraf, waren keine offiziellen Persönlichkeiten, aber eine große Anzahl von Journalisten aus der ganzen Welt und viele Anhänger Gandhis aus Genf, Paris und London erschienen. Ein umfangreicher Sicherheitsdienst der französischen Polizei verhinderte störende Rundgebungen und von London eingetroffene Polizeidetektivs nahmen sich sofort der persönlichen Sicherheit Gandhis an. Von der Brücke aus erwiderte Gandhi, barhäuptig und in Sandalen, die Grüße. Widerwillig stellte er sich dem Kreuzfeuer der Photographen und zog sich dann ohne Erklärungen vor dem Aufsturm der Neugierigen in seine Kabine zurück. Da Gandhi den Wunsch hat, so schnell wie möglich nach London zu kommen, wird er bereits heute nachmittag mit dem Schnellzug nach Calais weiterfahren, ohne in Paris Station zu machen.

Kolportageverbot gegen die „Rep'jaba“

Budapest, 11. September. (M.Z.) Die heutige Nummer des sozialdemokratischen Organs „Rep'jaba“ wurde wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ beschlagnahmt und dem Platte das Straßenkolportageverbot für 30 Tage entzogen.

Oesterreich von neuem unter Kuratel?

Genf verlangt Budgetherabsetzung sowie Kürzung der Beamtengehälter und Abbau der Arbeitslosenversicherung.

Wien, 11. September. (Eigenbericht.) Heute herrschte in Wien Krisenstimmung, da über die Bedingungen, die die französische Finanzwelt für die an Oesterreich zu gewährende Anleihe stellt, beunruhigende Gerüchte verbreitet waren. Allerdings waren diese Gerüchte nicht begründet, aber die Mütter schrieben schon davon, daß im Hauptauschuß, der für 5 Uhr nachmittags telegraphisch einberufen worden war, die Situation für die Regierung sehr ernst werden könne.

Im Hauptauschuß erstattete Vizelanzler Dr. Schöber Bericht über seine Verhandlungen in Genf und teilte mit, daß eine Herabsetzung des Budgets auf das letztjährige Budget verlangt werde, was im wesentlichen eine Herabsetzung um 10 Prozent bedeuten würde. Er kündigte an, daß er, sobald er die genauen Vorschläge haben würde, den Parteien sofort die nötigen Mitteilungen machen werde.

Die Sozialdemokraten gaben darauf die Erklärung ab, daß sie der Notwendigkeit der Valancierung des Budgets zwar zustimmen, sich aber vollkommen freie Hand vorbehalten, auf welchem Gebiet und mit welchen Mitteln die Ersparungen zu erreichen sein werden.

In Genf rechnet man mit einer Herabsetzung auch der Beamtengehälter um 5 bis 10 Prozent, was auch bei den Beamten schon große Erregung hervorgerufen hat. Jedemfalls wurde die Regierung in Genf inoffiziell unter den stärksten Druck gestellt, um die Herabsetzung der Beamtengehälter und eine

Reduzierung und starken Abbau der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen. Dieser antisoziale Druck geht im wesentlichen von dem Berater der Nationalbank, dem Holländer Bruins, aus.

Im Augenblick erscheint eine Ministerreise nicht mehr akut zu sein, doch dürfte sie spätestens am 25. d. wieder akut werden, für welchen Tag der Ersparungskommissar der Regierung Vorschläge bezüglich der Ersparungen angekündigt hat.

Wien, 11. September. Heute vormittags fand eine Besprechung der Ersparungskommission statt, in der Bundeskanzler Dr. Buresch erklärte, er erwarte bis zum 25. ds. Monats einen Plan zur Reform der Verwaltung und zur Vereinfachung der Administration, und zwar nicht nur durch Aufstellung allgemeiner Grundsätze, sondern auch durch Bereitstellung der Einrichtungen von Gesetzen und Verordnungen, um die grundsätzlich beschlossenen Maßnahmen durchzuführen. Die Kürzungen des Gesamtaufwandes müssen sich möglichst gleichmäßig auf die sozialen und personellen Aufwände erstrecken. Der Bundeskanzler betont, daß die Staatseinnahmen des Voranschlags für 1931 noch um 2172 Millionen Schilling präsumiert waren, jedoch Schätzungsweise nur 2013 Millionen liefern werden. Im Budget für 1932 werden die Einnahmen mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage mit einem Betrag von unter 2000 Millionen präsumiert werden.

Die „Sicherheit“ noch immer über alles.

Enttäuschung über die Genfer Rede Briands.

Genf, 11. September. In der Völkerbundversammlung hielt heute der französische Außenminister Briand seine angekündigte Rede, in der er zunächst den Völkerbund in Schutz nahm, der heute in wirtschaftlichen Dingen keine Wunder wirken könne. Es sei ungerath, dem Völkerbund vorzuwerfen, daß er seine Aufgabe nicht erfüllt habe; gerade im letzten Jahr habe er große Probleme erlitten. Wenn zwei große Völker, wie das deutsche und das französische, seit fünf Jahren die Verständigung und Annäherung gesucht haben, so war dies nur möglich in der Atmosphäre des Völkerbundes.

Monjeu, erklärte Briand, werden die französischen Staatsmänner nach Deutschland gehen. Ich hoffe, daß diese Zusammenkunft glückliche Folgen haben wird. (Starker Beifall.) Man müsse aber alles vermeiden, was das Vertrauen trüben könnte.

Zur Abrüstungsfrage führte er aus, Frankreich denke nicht daran, die Abrüstungskonferenz zu verlagern. Sollte die Konferenz nicht zustande kommen, so hätte der Völkerbund Konkurs angemeldet. Jetzt sei der Termin festgesetzt; man müsse dort sein.

Wenn der Friede gesichert sei, dann werde dadurch die materielle Gewalt überflüssig. Je größer die Sicherheit, um so weitgehendere sei eine Herabsetzung der Rüstungen möglich. Wesentliche Fortschritte seien auf diesem Gebiet sicherlich zu verzeichnen; der allgemeine Schiedspakt und der Kollogg-Pakt. Die Abrüstungskonferenz stehe vor zwei großen Problemen: 1. die Herabsetzung der Rüstungen und die Garantie der Sicherheit und 2. eine Herabsetzung der Rüstungen mit Hilfe juristischer Sanktionsmaßnahmen.

Wenn am 2. Februar 1932 alle Nationen hier versammelt sein werden, um das doppelte Problem der Beschränkung der Rüstungen und der Sicherheit zu prüfen, so wird eine Schiedsstunde geschlagen haben. Sie müssen dann das starke Wort aussprechen: Kein Krieg mehr, in keinem Falle darf der Krieg, dieses Verbrechen, möglich sein! Wir sind bereit, alles zu tun, um die notwendigen Bedingungen der Sicherheit zu schaffen. Dann werden die Völker sich freuen können, illuminieren können. Die Lage wird nicht mehr durch das Risiko eines Krieges verfinstert werden.

In deutschen Kreisen hat die Rede Briands enttäuscht, zumal er kein Wort über den Vor-

schlag Grandis auf Stilllegung der Rüstungen bis zur Konferenz, erwähnte und auch mit keinem Worte das Reparations- und Schuldenproblem erwähnte, das den Kernpunkt der heutigen Krise darstelle, dagegen wieder den alten Standpunkt Frankreichs hinsichtlich der „Sicherheit“ und ihrer Voraussetzungen bewußt hervorhebt.

Ein verwässerter Vorschlag.

Genf, 11. September. Die Delegationen der nordischen Staaten sowie Hollands und der Schweiz haben in der heutigen Völkerbundversammlung einen Entschließungsentwurf eingebracht, der die Anregung des italienischen Außenministers, hinsichtlich einer Rüstungspause aufgreift und in dem es u. a. heißt:

„Die Versammlung richtet an alle, die die Verwirklichung der dem Völkerbundpakt zugrunde liegenden Prinzipien des Friedens und der Gerechtigkeit wünschen, den feierlichen Appell, ihre Bemühungen der Schaffung einer Weltmeinung zu widmen, die stark genug ist, um zu bewirken, daß die allgemeine Abrüstungskonferenz zu einer allmählichen Herabsetzung der Rüstungen gelangt. Es ist notwendig, das Terrain für die Arbeiten der Konferenz vorzubereiten und, um eine Erhöhung der Rüstungen zu vermeiden, bietet die Völkerbundversammlung den Rat, bei den Regierungen darauf zu dringen, daß sie sich in Erwartung der Ergebnisse der Konferenz jeder Maßnahme enthalten, die auf eine Erhöhung des gegenwärtigen Rüstungsstandes hinzielt.“

Auch Rumänien geldbedürftig.

Paris, 11. September. Heute wird in Paris der Gouverneur der Rumänischen Bank, Mannoiescu, erwartet, der hier mit französischen Finanzkreisen Unterredungen haben wird.

Deutschland läuft große Weizenmengen in Amerika.

Washington, 11. September. (Reuter.) Der Federal-Farmer-Board ist dem Antrag auf Verkauf von sieben Millionen Weizen Getreide an Deutschland beigetreten. Die Bezahlung wird am 31. Dezember 1934 fällig und mit 4,5 Prozent verzinst werden. Die Lieferung wird in Raten von 833.333 Weizen monatlich durchgeführt werden, doch können die Monatsraten auf Wunsch der Käufer erhöht werden.

Die Kommunisten machen praktische Vorschläge.

Angeichts der bevorstehenden Gemeindevahlen haben die Kommunisten das Bedürfnis gefühlt, aus der Wollenregion der Theben auf die Erde niederzusteigen. Sie möchten den Wählern doch sagen, wie sich die Kommunisten die Bekämpfung des schweren Notstandes vorstellen, in den die Wirtschaftskrise die arbeitende Bevölkerung gestürzt hat. Denn daß sie es mit Beschimpfungen der „Sozialfaschisten“ nicht schaffen werden, ist nachgerade dem Dämnißten klar. Also haben die Kommunisten einen „Arbeitsbeschaffungsplan“ ausgearbeitet und legen ihn der stammenden Öffentlichkeit als Wahlplattform vor.

Freilich, wer gewohnt ist, unter Linten zu wandeln, der findet sich in Plänen nicht mehr so ordentlich zurecht. Darum muß man sich bei der Lektüre dieses großartigen Plans auf mancherlei Uebersetzungen gefaßt machen. Auf den ersten Blick fällt auf, daß wir in den kommunistischen Forderungen lauter gute alte Bekannte aus sozialdemokratischen Vorschlägen zur Bekämpfung der Krise wiederfinden: Verkürzung der Arbeitszeit, Hebung des Lohnniveaus, Herabsetzung der Altersgrenze für den Anfall der Leistungen der Sozialversicherung, Bau von billigen Wohnungen, Schaffung von sozialen und Wohlfahrtsanstalten, von Krankenhäusern, von Schulen, Verbesserung der Straßen, Ausbau von Autobuslinien, Regulierung von Flüssen und Bächen, allgemeine Meliorationen. Alles, was die Sozialdemokratie fordert, wofür sie arbeitet und kämpft, an dessen Verwirklichung sie zum Teil nicht ohne Erfolg arbeitet, wird uns hier als neueste kommunistische Erfindung präsentiert.

Wie schämen sich die Kommunisten, die mit solchen Vorschlägen kommen, vor dem entsetzlichen Verdacht, daß sie unheilbare Reformismus verfallen seien? Auf sehr einfache Weise. Durch Multiplikation. Die Sozialdemokratie hat für die Arbeitslosen 400 Millionen herausgeholt. Das ist sozialfaschistischer Betrag. Die Kommunisten verlangen zwei Milliarden. Das ist revolutionär. Die Sozialdemokraten sehen staatliche Unterstützungen für den Bau von 22.000 Kleinwohnungen, staatliche Garantie für Tausende weiterer Wohnungen durch, das ist Verrat. Die Kommunisten verlangen, daß der Staat wenigstens eine Milliarde fählich, die Selbstverwaltungskörper wenigstens eine weitere Milliarde in ihre Voranschläge einstellen, das ist proletarische Politik. Und so kommen die Kommunisten spielend zu einem Programm, dessen Verwirklichung, wenn wir noch die gleichzeitig geforderte Abschaffung der Umsatzsteuer, der Lebensmittelzölle und der Verbrauchssteuern in Anschlag bringen, vielleicht acht, vielleicht zehn Milliarden, also ungefähr so viel, wie das ganze Staatsbudget der Tschechoslowakei erfordern würde. Umgekehrt wie bei Hegel: Qualität schlägt um in Quantität. Aus sozialdemokratischer Arbeit wird bolschewistische Phrasen.

Aber die Kommunisten sagen uns auch, woher sie das Geld für diesen Plan beschaffen wollen. Eine grundsätzliche Bemerkung vorher: Die Kommunisten wollen die Kapitalisten besteuern. Damit die Kapitalisten Steuern zahlen können, müssen sie verdienen. Die Kommunisten wollen also den Kapitalismus noch nicht abschaffen, die Gelder der diversen „Raten Tage“ geben der Bourgeoisie noch eine Atempause. Sie richten ihre Forderungen an das kapitalistische System und geben damit ihren Kritikern das Recht, Forderungen, die in solchem Ausmaße im kapitalistischen System unerfüllbar sind, als Demagogie zu bezeichnen. Im Einzelnen würde so ziemlich jeder Punkt des kommunistischen Finanzierungsprogramms zur Durchsicht reizen.

Aber das wäre ein zu umfangreiches Beginnen. Zu bunt ist Vernunft und Unfimt durch-einandergeworfen, zu unübersichtlich sind ein-malige Einnahmen mit wiederkehrenden vermengt. Kleine Widersprüche, wie etwa, daß Vermögen von mehr als einer Million mit einer einmaligen Abgabe von zehn Prozent, aber Einkommen von mehr als 50.000 Kro-nen mit einer laufenden Steuer von zwanzig Prozent belastet werden sollen, seien dabei ganz übergegangen. Daß die Kommunisten aus der Besteuerung der Dividenden, Lantienmen und hohen Einkommen zwei Milliarden her-einbringen wollen, während die Lantienmen-steuer jetzt 12 Millionen beträgt, setzen wir einfach auf Rechnung der bolschewistischen Großzügigkeit, welche die nächste Mathe-matik als reformistischen Schwindel verachtet. Genug, der Tanz der Milliarden ist auf der Einnahmenseite der kommunistischen Rech-nung noch toller als auf der Ausgaben-seite.

Die Kommunisten verstehen auch zu sparen. Der Finanzminister zerbricht sich den Kopf, wo er ein paar Millionen abstreifen kann — die Kommunisten schaffen einfach Gendarmerie und Polizei und obendrein die Beamten der Bezirksbehörden ab. 670 Millio-nen sind erspart. Der Minister für öffentliche Arbeiten wird dann die Neubauten um zwei Milliarden persönlich kollaudieren gehen, der Handelsminister wird von früh bis abends Gewerbescheine ausstellen und der Fürsorge-minister wird von Ort zu Ort reisen, um den Vorstehern die Lebensmittelkarten zu über-bringen. Das Sicherheitswesen aber über-nimmt Herr Mikulicel, der sich einmal einem erheiteren Abgeordnetenhaus als Polizeige-waltiger von Malenotiv vorgestellt hat, in Eigenregie.

Die Sozialdemokraten bemühen sich, das Militärbudget etwas herabzudrücken, die Ver-fürzung der Dienstzeit zu erzielen. Die Kom-munisten lösen das Problem viel leichter: Herr Biskobsky schießt morgen die Soldaten nach Hause und 1700 Millionen sind erspart.

Die Kommunisten wollen auch die Staats-schulden nicht mehr verginsen und tilgen und so über zwei Milliarden ersparen. Daß damit auch Erparnisse armer Teufel flöten gehen, Waisengelber entwertet würden, das stört sie nicht. Daß die Spartassen zu Grunde gehen, die Sozialversicherungsanstalten zusam-menbrechen müßten, das liegt ihnen nicht am Herzen. Daß die Besitzer der Staatsschuldver-schreibungen Rechtsmittel in Händen haben, die eingelöst werden müssen, solange die gegen-wärtige Rechtsordnung besteht, das ist für sie kein Hindernis, Dividenden und Lantienmen bleiben bestehen, der Besteuerung halber, aber die Staats-schulden werden abgeschafft der Er-sparung wegen, — das ist die eiserne Folge-richtigkeit des wohlbedachten kommunisti-schen Planes. Die bürgerliche Ordnung wird gleichzeitig erhalten und beseitigt. Das ist Dialektik, aber nicht Marx'sche, nicht Hegel'sche, das ist die Dialektik der Demagogie.

Aber wie sich die Kommunisten entschei-den mögen, ob sie den Kapitalismus gleich nach den Gemeindevahlen beseitigen oder ob sie ihre Forderungen an die kapitalistische Gesellschaft erheben wollen, auf jeden Fall müssen sie den Massen sagen, wie sie ihren Plan zu verwirk-lichen gedenken. Die Notwendigkeit dieser Mitteilung bereitet den Kommunisten arge Verlegenheiten und sie möchten sich gerne um

die Antwort herumdrücken, indem sie den Ar-beitern empfehlen, „in Betriebs- und Wahl-versammlungen zu ihren Vorschlägen einen Standpunkt einzunehmen und diesen Stand-punkt dem Klub der kommunistischen Abgeord-neten (Prag I., Parlament) mitzuteilen“. In-dessen ist diese nicht mehr ganz neue Auf-lösung der Revolution in die Re-solution ihnen selbst nicht ganz zureichend erschienen und so verraten sie uns das revolutionäre Geheimnis:

„Das Proletariat ist nicht waffenlos. In seiner Einheit liegt die ungeheure Kraft. Und der revolutionäre Massenstreik, verbunden mit einem allgemeinen demonstrativen Aufstreten der Arbeits-lofen, der Arbeiterjugend und der Frauen ist eine mächtige Waffe.“

Zweifelloos — und was soll mit dieser Waffe geschehen?

„Eine Waffe, die das Proletariat schon jetzt zu schmieden beginnen muß.“

Das ist der Gipfelpunkt der politischen Gaukelei. Dieselben Kommunisten, welche die ungeheure Kraft der proletarischen Einheit jetzt rühmend haben, dieselben Kommunisten, welche an unzähligen „Roten Tagen“, in unzähligen verachteten Streiks alle außerparlamentari-

schen Kampfmittel des Proletariats diskredi-tiert und entwertet, zugleich aber die parla-mentarische Vertretung der Arbeiterklasse heb-licht haben, dieselben Kommunisten, welche vor der Geschichte mit der unsühnbaren Schuld daran belastet sind, daß das Proletariat der furchtbarsten Krise des kapitalistischen Systems zerstückelt und politisch geschwächt gegenüber-steht, die Kommunisten kommen nach Jahr-zehnten proletarischer Organisation vor die Arbeiter, die fragen, wie sie diesen Winter überleben sollen, mit der weisen Lehre, daß sie beginnen müssen, die Waffe zu schmieden, mit der die Forderungen der Arbeiter erkämpft werden können! Nein, die Waffen des Prole-tariats müssen nicht erst geschmiedet werden, die Waffen des Proletariats sind die Sozial-demokratie und die freien Gewerkschaften, und die Gemeindevahlen müssen eine Gelegenheit sein, diese Waffen zu schärfen. Die Arbeiter werden das erkennen und werden nicht durch die Wahl von Kommunisten gegen Elend und Hunger demonstrieren, sondern durch die Wahl von Sozialdemokraten gegen Elend und Hunger tatkräftig wirken.

Gewerkschafter und Gemeindevahlen.

Um die Verteidigung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Im Internationalen „Metallarbeiter“ (Kometau) finden wir den nachfolgenden schönen Artikel, in welchem auf die Bedeu-tung der Gemeindevahlen für den organi-sierten Gewerkschafter hingewiesen wird.

Am 27. September werden in mehr als zwei Drittel aller Gemeinden der Tschechoslowakei die Gemeindevahlen stattfinden. Es ist selbstverständ-lich zunächst Sache der politischen Parteien, zu den Gemeindevahlen Stellung zu nehmen. Den-noch aber haben wir auch als Gewerkschafter die Pflicht,

die Gemeindevahlen in ihrer Bedeutung für die Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Kampf

zu beachten. Es ist ja heute so, daß jedes Ereignis mehr oder minder auch in den gewerkschaftlichen Kampf eingreift, daß um so mehr jedes politische Vorkommnis die Gewerkschaften und ihre Mit-glieder aufs härteste berührt.

An den Gemeindevahlen werden vor allem jene Kollegen ein großes Interesse haben, die in einem städtischen Gas- oder Elektrizitätswerke oder einem sonstigen Gemeindebetriebe beschäftigt sind. Für sie, bei denen die Gemeinde der Arbeit-geber ist, ist es von vornherein klar, daß sie als Gewerkschafter das größte Interesse an dem Aus-gang der Gemeindevahl haben, denn für sie hängt ja vom Ausgang der Wahl direkt die

Entscheidung über die Höhe ihres Lohnes

ab. Kommt in einer Gemeinde eine bürgerlich-reaktionäre Mehrheit ans Ruder, dann ist es selbstverständlich deren größtes Bestreben, die Löhne der Arbeiter in den Gemeindebetrieben herabzusetzen. Jene Kollegen also, die in Ge-meindebetrieben beschäftigt sind, müssen schon direkt aus persönlichen Interessen bei den Ge-meindevahlen alles daran setzen, daß keine bür-gerliche Gemeindevertretung zur Herrschaft kommt. Im Gegenteil, diese Kollegen müssen bestrebt sein, alles zu tun, um eine sozia-listische Mehrheit durch die Gemeindevahl herbeizuführen, denn nur dann, wenn Arbeitervertreter, wenn Sozialisten in der Gemeinde sind und über die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Klassenkollegen in den Ge-meindebetrieben zu entscheiden haben, nur dann

ist die Arbeiterschaft in den Unternehmungen der Gemeinde vor einer Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesichert.

Aber auch jene Arbeiter, die nicht in einem Betriebe der Gemeinde beschäftigt sind, haben als Gewerkschafter indirekt daran Interesse, wie die Wahlen in die Gemeindevertretungen ausgehen, denn auch die Arbeiter in den Unternehmungen der Privatkapitalisten sind in ihrem Kampfe gegen die Unterneher vielfach davon abhängig, wie die Arbeiter der Gemeinde entlohnt werden.

Gibt es nämlich in einem Gemeindebetriebe niedrige Elendslöhne, dann ist es nur selbst-verständlich, daß sich die privaten Unter-nehmer jederzeit darauf berufen

und verlangen werden, daß auch in ihren Betrieben die Löhne auf keinen Fall höher erteilt wer-den, als sie in den Gemeindebetrieben sind. Das-selbe Beispiel haben wir ja in der letzten Zeit so oft in der umgekehrten Reihenfolge erlebt, denn welchem Vertrauensmann in den städtischen Be-trieben wäre es nicht bekannt, wie sich bürgerliche Stadtväter immer und immer wieder auf irgend einen Privatbetrieb berufen haben, der angeblich niedrigere Löhne bezahle, als in dem städtischen Werke zur Auszahlung gebracht werden. Der bürgerliche „deutsche Volksgenosse“ trachtet also stets darnach, dem Volksgenossen Arbeiter das Einkommen zu schmälern, so weit es geht. Den-noch verkündet er dann doch wieder bei Wahlen, daß Deutschen nur durch Deutsche geholfen werden könne. Wie dumm diese Phrasen sind, das haben die Arbeiter schon oft durchschauen können und sie müssen daher bei den jetzigen Wahlen die Folgerung daraus ziehen, indem sie jeder bür-gerlichen Partei die Gefolgschaft verweigern.

So wie die Löhne der Arbeiter in den Be-trieben der Privatkapitalisten von den in den Ge-meindebetrieben bezahlten Löhnen abhängig sind, so ist auch das Schicksal der Arbeiter gegenseitig abhängig. Nicht nur die Arbeiter in den Ge-meindebetrieben verteidigen also bei den Gemeindevahlen ihre Löhne und ihre Arbeitsbedingun-gen, sondern

auch die Arbeiter in der übrigen Industrie stehen im Gemeindevahlkampf unmittelbar

in der Verteidigung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Jeder Arbeiter ist daher auch als Gewerkschafter an dem Ausgang der Gemeindevahlen inter-essiert. Jeder Gewerkschafter weiß, was es gerade in der heutigen Krisenzeit bedeuten würde, wenn es dem Bürgertum und seinen Trabanten ge-länge, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gemeindeunternehmungen zu verschlechtern. So wie seinerzeit nach der Deflation der Lohnabbau des Staates für die Unterneher aller Branchen das Signal war, um auch ihren Arbeitern die Löhne zu kürzen, so würde ein bürgerlicher Wahl-erfolg bei den Gemeindevahlen nicht nur den Arbeitern in den Unternehmungen der Gemein-den eine Verschlechterung ihrer Arbeitsverhält-nisse bringen, sondern es würden unmittelbar darauf auch alle Privatkapitalisten Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unter-nehmen. Kein Gewerkschafter darf daher dem Ausgang der Gemeindevahl gleichgültig gegen-übersehen.

Kein Gewerkschafter darf vergessen, daß er am Wahltag mit seinem Stimmzettel gleichzeitig dazu beiträgt, ob seine Löhne gekürzt oder erhöht werden.

Es ist wohl selbstverständlich, daß sich kein Ge-werkschafter selbst einen Lohnabbau aufdickeien wird wollen. Er darf daher auch am Wahltag keinen Stimmzettel einer bürgerlichen Partei ab-geben. Er lasse sich auf keinen Fall durch irgend-welche Phrasen täuschen. Es geht bei der Ge-meindevahl nicht darum, ob der Müller oder der Bauer Vorsteher wird, es geht bei der Gemeindevahl auch nicht um die Entscheidung des nation-alen Kampfes, die Gemeindevahl hat auch nichts zu tun mit religiösen Fragen, sondern bei den Gemeindevahlen geht es diesmal um die Entscheidung über wirtschaftliche Existenzfragen. Der Kapitalismus hat in den letzten zwei Jahren deutlich bewiesen, daß er unfähig ist, die Notwendigkeit der Verbesserung auch nur notdürftig zu ernähren und zu bescheiden, er hat bewiesen, daß das ganze System faul bis auf die Knochen ist und es ist deshalb die Aufgabe jedes Gewerkschafters, diesem System bei der Wahl den Todesstoß zu versetzen. Kein Gewerkschafter, vor allem aber Arbeiter, der das bittere Los der Arbeitslosigkeit Wochen, ja viel-leicht Monate ausgestoßen hat, wird gewillt sein, diese Verhältnisse zu verewigen. Wer daher will, daß bessere Zeiten kommen, wer will, daß kein gewerkschaftliches Streben auch in den Gemein-den und durch die Gemeindevahlen unterdrückt findet, wer will, daß die Zeit der Not und des Elends endgültig beseitigt werde, der wähle jene Partei, die die Beseitigung dieser „gottgewollten“ Ordnung, welche den Arbeitern nur Not und Elend bringt, anstrebt, der wähle am 27. September sozialdemokratisch!

Dämmernde Erkenntnis.

Im „Nordb. Tagblatt“ und in der „Zweiten-deutschen Tageszeitung“ ist am 29. August ein Artikel erschienen, der den Titel „Der Irrgang der Wirtschaftspolitik“ trägt und der den Diplo-maten Leopold Köhler aus Kitzbichl zum Verfasser hat. Daß dieser Artikel in den genann-ten Blättern erschienen ist, kann nur darauf zurückzuführen sein, daß er vor der Drucklegung von den Schriftleitern dieser Blätter entweder nicht gelesen oder nicht verstanden wurde. Der Verfasser kommt nach einer kritischen Betrachtung der heutigen Produktions- und Wirtschaftsverhältnisse zu der Ueberzeugung, daß nur eine

neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine Besserung herbeiführen kann.

Köhler, der entgegen der sonst bei den Deutschnationalen üblichen Diffusität, die wirtschaftliche Entwicklung mit etwas Verständ-nis betrachtet, stellt zunächst fest:

„Nicht das Streben nach der möglichst vollkom-menen und vorteilhaftesten Befriedigung der mensch-lichen Bedürfnisse bildet den Anknüpfungspunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit, sondern die Gold- und Preispolitik diktiert heute die ökonomischen Notwendigkeiten.“

Im ersten Teil dieses Satzes hat Köhler recht. Leider kann man mit dem zweiten Teil nicht viel anfangen. Wenn er die Formulierung so vorgenommen hätte „... sondern das Profit-interesse und die Profitmöglichkeiten bestimmen die wirtschaftliche Tätigkeit“ — um seine Worte zu gebrauchen, man könnte einfacher sagen, die Wirtschaft — so hätte er eine fundamentale Erkenntnis Marx' ausgesprochen. Immerhin aber ist auch in seiner reichlich unklaren Fassung doch die Erkenntnis enthalten, daß eben in der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsord-nung das Profitinteresse das bestimmende ist. In seinen weiteren Ausführungen stellt er fest, daß im Mittelpunkt der Wirtschaft weder das Gold noch der Preis zu stehen hat, sondern der Mensch, daß das gegenwärtige Produktions- und Wirtschaftsgerübe (er nennt es „wirtschaftlichen Liberalismus“) zum Wirt-schaftsanarchismus auszuarten droht und daß die planmäßige Vernichtung von Erntevorräten in Getreide, Baumwolle, Kaffee usw. „am Ruin dieses Systems keinen Zweifel mehr übrig lassen“, um schließlich zu folgendem Schluß zu kommen:

„Soll es besser werden, dann muß sich eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die aus organisch gebundener Grundlage erwächst, Bahn brechen.“

Es muß arg um die von der Nationalpartei bisher so warm verteidigte gegenwärtige Wirt-schafts- und Gesellschaftsordnung bestellt sein, wenn selbst ein bürgerlicher Wirtschaftspolitiker sie als reif für den Sturz bezeich-

Kapitalismus im hohen Norden.

Karla Schwelb.
(Schluß.)

Im Vorraum der Kantine hängt ein Anschlag in norwegischer Sprache, den wir mit Mühe enträtseln: Es ist die Ankündigung des Fußballmatches für nächsten Sonntag, und die Mitteilung, daß in der Spielpause für den Hof der Spitzbergenmannschaft gesammelt werden soll. Auch ein paar Kinder — blondköpfig, wie es das nur in Norwegen gibt — laufen durch die Gäh-chen, um möglichst viele Fremde bestaunen zu können.

Im offenen Fenster eines appetitlichen Säusens sah ein rekonvaleszenter Bergmann, der von seinem Schuldentisch noch so viel behal-ten hatte, um mir ein paar Fragen beantworten zu können. Er erzählte, daß die Ziehung seit 25 Jahren besteshe; von den zwei Bergwerken, deren Eingänge wir hoch oben auf den einander gegenüber liegenden Bergabhängen sahen, ist nur eines noch in Betrieb, im andern wütet seit acht Jahren eine nicht zu löschende Feuerbrunst. Amerikaner haben das Bergwerk errichtet, und lange Jahre machten sie gute Geschäfte; aber in den Nachkriegsjahren setzte die Kohlenkrise ein, die amerikanische Gesellschaft gab — ohne Rück-sicht auf die mit dem Unternehmen verknüpften Existenzen — die Arbeit auf. Staatliche Sub-ventionen ermöglichten es einer norwegischen Gesellschaft, den Betrieb zu übernehmen, er-waglichen es ihr, ihn trotz der furchtbaren Abfah-ten, die das teuer arbeitende Werk besonders hart trifft, auch heute weiterzuführen. Immer-

hin ist die Ausfuhr von 1924 bis 1929 um fast die Hälfte zurückgegangen, die Bevölkerung auf ein Drittel.

Augenblicklich leben etwa 450 Menschen in Longyearbyen, unter ihnen ein paar Ingenieure und ein Arzt, die ebenso wie fast alle Arbeiter hier überwintern, und der in Deutschland aus-gebildete Zahnarzt, der nur die Sommermonate auf Spitzbergen verbringt. Der Frauenmangel wird sehr schwer empfunden, es sind nur 30 Frauen da, und die sind alle verheiratet. Der Alkoholauskauf ist stark eingeschränkt — in Norwegen gilt das Gemeindebestimmungsrecht in dieser Frage —; Karten- und Würfelspiel sind in den unendlich langen Wintermonaten ein belieb-ter und von manchen üblen Folgen begleiteter Zeitvertreib.

Durch neun Monate im Jahr sind die Men-schen nur durch ihren größten Schatz, das Radio, mit der Welt in Verbindung. Da herrschen Tem-peraturen von 55 Grad unter Null, der Schnee liegt bis zu den Dächern hinauf, monatelang lastet auf ihnen das Dunkel der Polarnacht. In dieser Zeit hängen sich die Menschen von konser-vierten Lebensmitteln — gefalzten und geräu-therien Fischen, Dörrgemüse, Kondensmilch, Ge-frierfleisch, eine große, wie mein Gewandirmaan verächtliche: die ganze Weltliteratur umfassende Bibliothek, Kino, Radio, Arbeiterrevolver sorgen für Unterhaltung; aber sie scheint auf die Dauer nicht zu gefallen. „Ach, wir arbeiten und schla-fen.“ sagt mein Informator resigniert. — Die Arbeiter sind alle gewerkschaftlich organisiert; die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Von Politik wollen sie angeblich nichts wissen, sie sind hergekommen, um Geld zu verdienen, mehr Geld, als sie da unten, in der furchtbaren und leben-digen Welt verdienen könnten. Das Einkom-men eines Grubenarbeiters beläuft sich auf 15

bis 20 norwegische Kronen pro Tag, das sind 135 bis 180 Kr.; er kann höchstens 3 bis 4 nor-wegische Kronen im Tag für Verpflegung, Wohn-ung und die spärlichen Vergnügungen aus-geben, so daß er nach ein paar Jahren des aus-reichenden Lebens da oben mit Ersparnissen rechnen kann, wie sie selbst seinen glücklichen Massengenossen in Mitteleuropa oder auch in Amerika unerreichtbar sind. Aber wie teuer ist dieser armliche „Wohlstand“ bezahlt; denn un-vorstellbar hart, eintönig, jermürend muß trotz der weiten und behaglichen Häuslichkeit, trotz dem guten Einkommen das Leben in diesem Eis-gesängnis sein. Selbst in den drei Sommer-monaten laufen nur zwei bis drei Schiffe in der Woche den Hafen an; 5 Grad über Null im Schatten gilt auch um diese Zeit als wohlige Wärme; es ist kein Baum und kein Strauch zu sehen, nur Moos, Flechten und ein paar blasse artliche Blüten erwecken schwüchtige Erin-nerungen an eine Natur von höherer Schöpfungskraft.

Und zu der Einsamkeit, Weltabgeschieden-heit, Monotonie, zur Kälte und Armut dieses Lebens gesellt sich heute noch die Existenzunsicher-heit; denn kein Mensch weiß, wie lange die un-ter so herabwürdigen Verhältnissen gewonnene Kohle auf dem überfüllten Markt Absatz finden kann, wie lange die staatliche Hilfe zur Auf-rechterhaltung des Betriebes andauern wird.

Als wir zu unserem Schiff zurückkehrten, sahen wir — es war um Mittag — ein paar Grubenarbeiter auf dem Kai stehen. Sie waren gut gekleidet, aber ihre Gesichter waren blaß und eingefallen. Und ihre Augen folgten mit dem Ausdruck verklärter Sehnsucht jedem einzelnen Passagier, der das Boot bestieg, das ihn zu dem nächstfolgenden Schiff bringen sollte.

Das Septemberheft der Tribüne

ist als Gemeindevahl-Kummer ausgefallen. Es umfaßt 48 Seiten und enthält folgende Beiträge:

- Emil Franzel: Die Gemeindevahlen — eine Kraftprobe.
- Josif Hofbauer: Der Wiener Kongreß.
- Robert Wiener: Verwaltungsreform und Selbstverwaltung.
- Venus Grund: Die Finanzprobleme der Selbstverwaltung.
- Theodor Gruschka: Gesundheitspolitik in der Gemeinde.
- Adolf Schmidt: Unsere Aufgaben in der Landgemeinde.
- Katia Gerber: Frauen und Gemeindevahlen.
- J. W. Brägel: 20 Monate Sozialpolitik. Bemerkungen.

Die umfangreichste Wahlbroschüre! Nur 4 Kronen.

Kein Vertrauensmann geht ohne dieses Rüstzeug in den Wahlkampf!

net. Sein Ruf nach einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist das Eingeständnis des Bankrotts des Kapitalismus. Welcher Art aber kann die von ihm verlangte neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sein? Doch nur die sozialistische! Die Nationalpartei aber, in deren Hauptorgan dieser Auffass Köhler zu lesen war, wird weiterhin die Stütze des Kapitalismus bleiben, unbekümmert darum, daß dieser zum Chaos führt.

„Brávo Vidu“ über die Annahmung des „Becker“.

Auf den gestern von uns wiedergegebenen gemeinen Ausfall des „Becker“ gegen Genossen Dr. Czech wird dem noblen Blatt auch vom „Brávo Vidu“ die gebührende Antwort zuteil. „Brávo Vidu“ führt einige der größten Mängel des agrarischen Zentralorgans an und bemerkt dazu:

„Die Arbeiterschaft wird diesen frechen Angriff auf einen sozialistischen Minister zwar als Befätigung seiner wirklichen Bemühungen und seiner Prinzipienfestigkeit begrüßen, trotzdem müßte ein solches Auftreten der agrarischen Journalistik gegen einen sozialdemokratischen Minister zurückgewiesen werden. Ueber ihn können so naive Seelen, wie sie die Agrarpartei ihre Wählerbärmlichkeiten jähelnden läßt, nicht entscheiden, sondern über ihn entscheidet seine eigene Partei. Der „Becker“ hat den Genossen Dr. Czech nicht ins Ministerium für Soziale Fürsorge eingeleitet und er wird ihn auch nicht abgeben. Wenn die agrarischen Apparatschiks ein solches Lied pfeifen wollen, so könnten wir ein wenig am Hauptteil eines agrarischen Ministers schütteln, daß ihnen die Augen übergehen würden. Vorläufig leben wir die Einfalligkeit des „Becker“ als ausgeblasenes Pöfchen vor den Hausherrn an, um deren Stimmen die Agrarpartei in dieser Wahl bangt... Wir würden nur bitten, daß die agrarischen politischen Grünshäbel sich an jemandem andern reiben, als an einem sozialdemokratischen Minister.“

Verbandsstag der Banarbeiter. Montag, den 28. September beginnt der Verbandsstag des Verbandes der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramik-Industrie in der Tschechoslowakischen Republik. Der Verbandsstag findet im Arbeiterhaus in Brünn in der Wlazzgasse statt. Außer Berichten und Wahlen stehen auf der Tagesordnung „Wirtschaftsfragen des Baugewerbes“ und „Sozialpolitische Gesetzgebung und Arbeiterschaft.“

Die „Národní Politika“, ein Blatt, gegen das sich in zunehmendem Maße die tschechische Öffentlichkeit selbst zur Wehr setzt, dient gewissen deutschen Parteien und Blättern als unerlöschliche Quelle volentischer Anlässe. Natürlich kann man über jede Zeile, die in diesem unter allem Niveau stehenden Heftblatt gedruckt wird, einen Artikel schreiben, natürlich verdient der Herr Mikolaj und verdienen einige andere Leuchten dieses Betriebes als Schädlingssymptome charakterisiert zu werden. Wenn dies man aber, wenn man ein völlig unverantwortliches Blatt, das sich in nationalstafischen Verwahrheiten überschlägt, ein Organ, das in den Diensten aller möglichen dunklen Ehrenmänner leber mag, dauernd in einer Weise angreift, als sei es der Repräsentant der tschechischen Politik, des tschechischen Volkes. Das „Ceske Slovo“ hat bereits einigemal, die amtliche „Sl. Revublika“ hat immerhin einmal die „Národní Politika“ als ein schädliches Volksgift, eine verpestete Quelle der öffentlichen Meinungsmache, charakterisiert. Es hat keinen Zweck, diesem Blatt größere Bedeutung beizumessen, als ihm zukommt, es nicht den Deutschen nicht, wenn sie in ihrer Presse täglich dem letzten Schmarren, den die tschechische Publizistik hervorbringt, einen Raum einräumen, als spreche hier die Nation zu uns. Anständige Leute übersehen das Organ, Tschechen, die auf sich halten, geben sich mit dem tschechischen Heftblatt, das dem Staate und der tschechischen Kultur gewaltig schadet, einfach nicht ab. Auch wir Deutsche täten besser daran, das giftige und alberne Gebeißer zu überhören.

Das grüne Wahlprogramm:

Die Agrarier gegen das allgemeine Wahlrecht!

Einen kräftigen Appetit hat der Herr Windirsch.

Die deutschen Agrarier haben zusammen mit ihren ehemaligen Regierungsfreunden aus der deutsch-tschechischen Bürgerkoalition, vor allem mit den deutschen Christlichsozialen und Gewerbetreibern, unsterbliche Berühmtheit dadurch erlangt, daß sie es mit ihren Stimmen ermöglichten, daß das Gemeindefinanzgesetz und die Verwaltungsreform zustande kam. Wir gönnen ihnen von ganzem Herzen diese traurige Berühmtheit. Sie, die am lautesten nach der Selbstverwaltung geschrien haben, sind ihre Totengräber geworden. Von allen Seiten sind gar bald Stimmen laut geworden, daß das Gesetz Nr. 77/1927 die Gemeindefinanzwirtschaft vollständig ruiniert und vernichtet, aus dem eigenen Lager erhoben sich im Laufe der letzten Jahre Proteste gegen dieses Gesetz, ganz abgesehen von den Protesten, die von den Fachorganisationen der Selbstverwaltungskörper von allem Anfang an erhoben worden sind.

Endlich, nach dreijährigem Bestand dieses unseligen Gesetzes, konnte seine Novellierung durchgeführt, konnten die drückendsten Bestimmungen dieses Gesetzes gelockert werden. Die Gemeindefinanznovelle Nr. 169/1930 bedeutet bei weitem keine definitive Lösung dieser brennenden Frage, aber als eine Erleichterung für die Gemeindefinanzwirtschaft muß sie immerhin bezeichnet werden.

Daß aber zu einer Zeit, da man eigentlich allgemein angenommen hat, daß jedermann von der Schädlichkeit des Gesetzes Nr. 77/1927 überzeugt sei, die Agrarier noch die Kühnheit besitzen, für dieses Gesetz einzutreten und Stellung zu nehmen gegen die durchgeführte Novellierung, ist wirklich etwas stark und man müßte eigentlich mit Recht annehmen, daß die eigenen Parteifreunde, die in den Gemeindeverwaltungen sitzen und das Glend der letzten drei Jahre mitgemacht haben, ihre Führer, die sich so etwas erdrechen, zum Teufel jagen sollten. Am 7. September tagten die Vertreter des Bundes der Landwirte aus dem Tier- und Fischteich, wobei die notwendigen Berichte vom Abg. Windirsch erstattet wurden. Wir können unseren Lesern nicht vorenthalten, zu welchen Feststellungen die Aussprache über die Gemeindevahlen nach einem Berichte der „Reichenderger Zeitung“ führte. In dieser Feststellung heißt es:

„Die von den sozialistischen Parteien ausgehenden Bestrebungen, für den herrschenden Rotstand das Bürgerrecht und die bürgerlichen Parteien verantwortlich zu machen, müssen wirkungslos bleiben, weil die beklagten Erscheinungen erst von dem Augenblick an einsetzen, wo sich im öffentlichen Leben Verantwortungslosigkeit und Proletariat breit gemacht haben. Diese Behauptung trifft auch für die Gemeinden zu. Dort hat die verzweiflungsvolle Finanznot begonnen, als in die Gemeindevertretungen Elemente zur Mitbestimmung kamen, welche die Gemeindefinanz mit vollen Händen austreten und die selbst zu den Ausgaben der Gemeinden direkt keinen einzigen Heller beitragen. Diese Vererber der Gemeindefinanzlagen die bürgerlichen Parteien deswegen an, daß sie die Hand dazu geboten hätten, das Verfügungsrecht in den Gemeinden einzuschränken. Die beklagten Beschränkungen wären niemals erforderlich gewesen, wenn nicht die Unwirtschaftlichkeit in vielen Gemeinden dazu die Veranlassung gegeben hätte.“

Die sozialistischen Parteien werden also schließlich und endlich für das Gemeindefinanzgesetz Nr. 77/1927 verantwortlich gemacht. Wir haben an dieser Stelle wiederholt nachgewiesen, daß es nicht gerade immer die sozialistisch regierten Gemeinden waren, in denen die höchsten Umlagen eingehoben worden sind und daß nicht wir das Gemeindevermögen als Kriegaanleihe verschleudert haben. Wenn die Sozialisten in den Gemeindestudien immer und überall dafür eintraten, daß für Sozialfürsorge, für die Schulen, für die Armenpflege usw. entsprechende Beträge in die Voranschläge eingestellt und zur Auszahlung gebracht wurden und werden, so eben aus dem Grunde, weil sie sich ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den breiten Bevölkerungsschichten vollkommen bewußt sind. Es ist eine Gemeinheit sondergleichen, den Massen der Bevölkerung, deren Vertreter ja gerade die Sozialisten, die Sozialdemokraten in den Gemeindestudien waren, zu erklären, sie trügen zu den Ausgaben in den Gemeinden und im Staate nichts bei. Es ist eine erwiehene Tatsache, daß schon immer die indirekten Einnahmen des Staates, d. h. also die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern, aus der Umsatzsteuer und aus den Zöllen, um ein Vielfaches höher waren, als die direkten Steuern. In dieses Verhältnis hat sich nach der Steuerreform, die wir ja auch der unglückseligen Bürgerblockkoalition verdanken, zum Schaden der Massen nur noch verschlechtert. So sind die indirekten Einnahmen des Staates seit dem Jahre 1927 von 4.270 Millionen auf 4.886 Millionen im Jahre 1929 gestiegen, die direkten Steuern dagegen von 2.062 Millionen im Jahre 1927 auf 1.597 Millionen im Jahre 1930 gesunken. Wir sehen, die Bürgerblockregierung hat ihre Arbeit verstanden. Das Abgabensystem hat sich aber auch in den Gemeinden immer mehr verbreitet und es ist ebenfalls nachweisbar, daß vor allem in den größeren Gemeinden die Einnahmen aus den Abgaben viel höher sind als die aus den Umlagen.

Mit welcher Geschäftigkeit die Herren Landwirte gegen die Arbeiterklasse zu Felde ziehen, erblickt aber wohl am besten aus dem Mittel, daß sie zur Gesundung der Gemeindefinanzwirtschaft vorschlagen. Auch da müssen wir wieder wörtlich zitieren:

„Eine Besserung und Beseitigung des herrschenden ungünstigen Zustandes kann erst wieder kommen, wenn das Verantwortungsgefühl der Vertreter in den Gemeinden gehoben wird. Es kann das nur geschehen, wenn diejenigen, die über die Ausgaben in den Gemeinden beschließen, selbst direkt zu den Gemeindefinanz in Form von Umlagen zu den Staatsfinanzen beitragen und wenn das Gemeindevahlrecht überhaupt an die Bezahlung von Gemeindefinanzlagen gebunden ist. Auch die Einkommensteuer soll daher der Umlagenpflicht in solchen Fällen unterworfen werden, wenn nicht bereits zu anderen Staatsfinanzen Gemeindefinanzlagen eingehoben wurden. Nur auf solche Weise läßt sich der Kreis der Interessenten an der Sebarung der Gemeindefinanz erweitern und es werden die Fälle ausgeschlossen bleiben, wo der Gemeindevorsteher und die Mehrheit der Gemeindevertreter aus Personen bestehen, die an ihre Gemeinden gar keine Umlagen abführen. Eine derartige in das Leben der Gemeinden einschneidende Aenderung muß herbeigeführt werden, wenn die Gemeindefinanz gesunden sollen. Um diese Aenderungen durchzuführen, dazu bedarf es freilich einer Gesetzgebung, die nur sachliche Ziele im Auge hat und die nicht aus Exponenten politischer Parteien besteht, die bestrebt sind, den Angehörigen ihrer Leichterungen von Beiträgen für öffentliche Aufwendungen zu verschaffen.“

Der Bürgerblock hat den Soldaten das Wahlrecht genommen, hat das Militär politisch entmündigt, obwohl eben diesen Soldaten im Eventualfall zugemutet wird, ihr Leben für den Staat zu opfern. Die nächste Forderung der Agrarier

Jeder, der Kinder beobachtet hat, weiß, daß dieselben am besten in der Gesellschaft von ihreöglichen erzogen werden; ihr Gesellschafts- und Nachahmungstrieb ist sehr lebhaft. Insbesondere nehmen die Kleinen die Großen gern als Vorbild und Beispiel und folgen diesen mehr als den Eltern. Diese Eigenschaften können mit Vorteil für die Erziehung ausgenutzt werden.

August Bedel in „Frau und Sozialismus.“
Unterstützt die sozialdemokratische Erziehungsorganisation, die „Kinderfreunde“ bei ihrer Werbekaktion im September!

ist die nach der Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes. Es soll das Kurienwahlrecht wieder eingeführt werden. Der Arbeiterschaft soll jenes Recht, das sie sich in jahrzehntelangen Kampf blutig errungen hat, wieder genommen werden! Wenn den Herren von der grünen Koalition so manches in diesem Staate gelungen ist, das wir ihnen bestimmt nicht gelingen. Die Arbeiterschaft wird sich dieses Recht zu wahren wissen!

Da werden sie den sozialistischen Parteien vor, ihr Streben gebe dahin, möglichst viele Vorteile für ihre Parteianhänger herauszuschlagen — es handelt sich nicht um die Anhänger der Partei, sondern, wohlgemerkt, um die gesamte Arbeiterschaft! — und selbst verlangen sie die Verdrängung der Sozialisten aus der Gemeindefinanz und aus der Regierung, damit sie entlastet werden, damit ihr Geldsack gesichert wird, damit sie wiederum machen können, was sie wollen. Was dem einen recht ist, ist eben dem andern nicht billig!

Wir können den Agrariern ruhig erklären, daß sie sich ein sehr schlechtes Wahlprogramm ausgesucht haben. Es ist ein Programm des reinsten Egoismus, das sie da vorfinden. Die Arbeiterschaft und die Kleinbauernschaft wissen wohl, was es zu bedeuten hätte, wenn die Agrarier in den Gemeinden und in der Regierung allein am Ruder säßen. Arbeiter und Kleinbauern, gebt den Agrariern am 27. September auf ihre gefässigen Verleumdungen die gebührende und wohlverdiente Antwort!

Gesteigerte staatliche Bauförderung.

Neuer Gesetzentwurf des Fürsorgeministeriums.

Wie bereits berichtet wurde, sind die Mittel, welche dem Ministerium für soziale Fürsorge zu Zwecken der Bauförderung zu Gebote stehen, bereits vollkommen in Anspruch genommen worden. Im Bauförderungsgesetze vom 10. April 1930 wurde dem Ministerium belanmslich ein Kredit von 20.000.000 K zur Gewährung eines Staatsbeitrages für 22.000 Kleinwohnungen bewilligt und das Ministerium überdies ermächtigt, für Bauforderte bis zur Gesamthöhe von Kronen 350.000.000 die staatliche Bürgschaft zu übernehmen. Durch die letzte Mieterschutznovelle wurde diese Garantiesumme auf 650.000.000 K erhöht. Das Gesetz hat sich in vollem Umfange bewährt, so daß gegenwärtig alle verfügbaren Beträge entweder durch Bewilligungen erschöpft oder durch erteilte Zusicherungen gebunden sind.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat daher dem Ministerrat einen Gesetzentwurf unterbreitet, durch welchen die Uebernahme weiterer Bürgschaft bis zur Höhe von 450.000.000 K ermöglicht und ein neuer Kredit von 15.000.000 K zur Gewährung des Staatsbeitrages bewilligt wird. Damit würde die Summe der verbürgten

Darlehen auf 1.100.000.000 K, die Summe des Staatsbeitrages auf 35.000.000 K steigen.

Die staatliche Unterstützung der Bauförderung wird beinahe verdoppelt.

Die Demagogie der bürgerlichen Parteien erhält durch diesen Antrag des Genossen Dr. Czech einen neuen empfindlichen Schlag. Jurecht haben sie darüber gehöhnt, daß auf Grund der neuen Gesetze nichts gebaut wird und die Bauförderung des Herrn Stamel wirksamer war, als die des Genossen Dr. Czech. Die volle Ausnutzung der Staatsgarantie und des Staatsbeitrages auf Grund der von der jetzigen Regierungsmehrheit beschlossenen Gesetze hat diese Behauptung schlagend widerlegt. Daraufhin hatten die Bürgerlichen, allen voran die immer sehr unvorsichtige „Deutsche Presse“, die Stürze, darüber zu spotten, daß Dr. Czech kein Geld mehr habe. Nun wollen wir sehen, ob eine bürgerliche Partei wagen wird, dem Antrage, der tausenden Proletariern Obdach, tausenden Bauarbeitern und Handwerkern Arbeit verschafft, Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn die Gemeindevahlen ein Vertrauensvotum für die Sozialdemokratie ergeben, werden sie es bestimmt nicht wagen!

Die Forderungen der tschechischen Städte.

Bürgermeistertagung in Prag.

Am Mittwoch fand auf dem Prager Rathaus eine Tagung der Bürgermeister der zwölf größten tschechischen und slowakischen Städte statt, bei der die großen finanziellen Schwierigkeiten der Selbstverwaltungskörper den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildeten.

Die Tagung nahm eine Resolution an, in der erklärt wird, daß die Steuerreform und das Gemeindefinanzgesetz sowie auch die Novelle 169/30 den finanziellen und wirtschaftlichen Stand der gesamten Selbstverwaltung sehr ungünstig beeinflusst haben und daß sich diese Gesetze namentlich bei der heutigen Wirtschaftskrise geradezu katastrophal auf die Finanzen der großen Städte auswirken. Es sei daher ein Lebensinteresse der Selbstverwaltung, daß unverzüglich ein definitives Gesetz über die Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper ausgearbeitet werde, das deren Verhältnissen und großartigen Aufgaben und namentlich auch den Verhältnissen der großen Städte angepaßt ist. In den vorbereitenden Arbeiten sollen Vertreter der zentralen Organisationen der Selbstverwaltung herangezogen werden.

Ferner wird die Notwendigkeit der Unterstützung der Investitionen der Selbstverwaltungskörper gerade in der Krisenzeit betont und vom Staat eine zweckmäßige Organisation der staatlichen Investitionen verlangt, in erster Reihe dort, wo die Produktions- und Wirtschaftskrise eine abnormale Arbeitslosigkeit verursacht. Besonders betont wird die Notwendigkeit der Erneuerung des Gesetzes über die Bauförderung mit besonderen Bestimmungen über die Unterstützung des Baus von Gemeindevahnhäusern mit Kleinwohnungen für die ärmsten Bevölkerungsschichten.

Bei der Schaffung des Gesetzes über die Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper darf auch nicht auf die Lösung der Frage der Konsolidierung der Gemeindefinanz verworfen werden, was durch eine Entschuldungskaktion und durch die Ermöglichung der Konkordierung der Schulden erreicht werden soll.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

- Prag: 12.05 Konzert. 17.30 Schallplatten. 18.00 Deutsche Sendung: Moderne Meister. 21.20 Magnificat Cantinum von Bach. 22.15 Jazzmusik. — Brünn: 16.00 Orchesterkonzert. 18.00 Deutsche Sendung: Wieder im Kalkaton zur Gitarre. — Mähr.-Osttau: 17.30 Orchesterkonzert. — Preßburg: 10.30 Promenadenkonzert. 22.15 Jazzmusik. — Berlin: 11.30 Bach-Kantate. 14.30 Stimmen der Völker. 18.50 Indische Gesänge. — Hamburg: 13.30 Mandolinenkonzert. — Leipzig: 18.30 Wieder von Gustav Mahler. — München: 19.30 Deutsche Volkslieder für gemischten Chor. — Koflau: 18.15 Konzert.

Eröffnung des Schuljahres. Der Minister für Schulwesen Dr. Döcker eröffnet Freitag vormittags den tschechischen Schuljahresanfang mit einer Ansprache an die Kinder. Der Minister sprach zu ihnen über die Schularbeiten, forderte sie auf, für die eigene Gesundheit zu sorgen und vertieft zu sein und versprach ihnen, daß er sie durch den Rundfunk wieder fragen werde, ob sie erfüllt hätten, was er von ihnen gefordert habe. Dem Minister antwortete eine Schülerin, die ihm für seine Ansprache an die Kinder danke. — Minister Döcker wohnte der ganzen Sendung bei, bei der Kinder der Prager Schulen mitwirkten.

Die Hitlergardien morden auch bei uns.

Zu dem Arbeitermord in Proschwitz.

Am Samstag, den 29. August, hielten die Kommunisten in Proschwitz bei Gablonz eine Jugendversammlung ab. Sie hatten bereits zu früheren Versammlungen in Wiesenthal, Reichenau und Rappersdorf die Nationalsozialisten zur „Ausprache“ eingeladen. Auch zu der Versammlung in Proschwitz ließen sie Einladungen an die Hakenkreuzler ergehen. Und diese kamen.

Proschwitz liegt in der nächsten Nähe der nationalsozialistischen Hochburg Gablonz. Die Führer der Nazis witterten nun eine günstige Gelegenheit zur „Abrechnung“ mit den Kommunisten. Sie unternahm einen regelrechten Kriegszug mit allem nur erdenklichen Drum und Dran. In den Nachmittagsstunden des „Schlachttag“ schickten sie Stundhüter aus, die die Aufgabe hatten, das Gelände zu studieren und die Vorgänge im Proschwitzer Arbeiterheim zu beobachten, in dem die Versammlung abgehalten wurde.

Am Abend marschierten die Hakenkreuzler in voller Wucht, abgeteilt in verschiedene Gruppen, gegen Proschwitz. Sie fanden das Arbeiterheim bereits zum großen Teile von den Kommunisten besetzt. So entspann sich denn gleich zu Beginn der Versammlung ein Streit um die Redezeit und um die Versammlungsführung. Dieser Streit steigerte sich bald zum Tumult. Während des Abmarsches der Nationalsozialisten, die im Saale gegen die kommunistische Mehrheit nicht ihren Willen durchsetzen konnten und darum einer Auseinandersetzung auswichen, kam es zu einem regelrechten und gut vorbereiteten Sturmangriff der Hakenkreuzler auf das Arbeiterheim. Die braune Nordpest hatte mittlerweile weiteren Zugang aus Gablonz erhalten und alle stürzten sich mit frischem Mut in das Kampfgeschehen, nicht ohne sich entsprechend „vorgelesen“ zu haben. Sie rissen Jaunlaten aus, die sie zum Aufschlag benutzten, warfen große Steine und Biergläser durch die Fenster, kurz, sie benahmen sich so, wie man es von rechten Hitlerkämpfern erwarten muß: sie machten ihren Mordgenossen in Deutschland keine Schande. Daß sich die Kommunisten wehren, ist verständlich. Sie sind ja auch nicht gewohnt, zart umzugehen. Aber es ist bemerkenswert und wichtig, daß die Angreiferrolle der Faschisten einwandfrei feststeht. Davon zeugen die eingeworfenen Fensterscheiben und die ausgerissenen Jaunlaten. Es ist auch wichtig, festzustellen, daß die Steine und die Jaunlaten gegen unbewaffnete Versammlungsteilnehmer verwendet wurden.

Zwei Kommunisten wurden besonders schwer verletzt: der Obmann der kommunistischen Lokalorganisation wurde an einem Auge schwer verwundet, der Verwalter des Arbeiterheims, ein sechzigjähriger Mann namens Johann Gödel, erhielt von einem der Nordbuben einen derart schweren Schlag über den Kopf, daß er am vergangenen Montag an den Folgen dieser Verletzung starb.

Den Vorfällen in Stadt hat sich nun der Hakenkreuz-Nord in Proschwitz angeschlossen. Die Hakenkreuzler scheinen den Willen zu haben, die Hitlermethoden des Totschlages politischer Gegner auch bei uns einzuführen. Schon gibt es einige Blutzeugen für ihre Frechheit: nun ist es aber genug!

Wir können freilich die Ereignisse in Proschwitz nicht vorübergehen lassen, ohne wiederum die Schuld festzustellen, die die Kommunisten an der Ausbreitung der faschistischen Nordpest haben. Vor der Spaltung der Arbeiterbewegung und in anderen Gebieten, in denen die Sozialdemokratie ihre ungebrochene Kraft behauptet hat, hätte ein Zwischenfall wie der in Proschwitz einen Sturm entfacht, der die Nordbuben in die Erde gefegt hätte. In Nordböhmen dürfen es die Hakenkreuzler wagen, Arbeiter totzuschlagen, weil von der einst so stolzen Arbeiterbewegung durch die Schuld der Kommunisten nur ein Trümmerhaufen übrig geblieben ist. In Nordböhmen wächst die Hakenkreuzbewegung, weil die Kommunisten ihr den Boden bereitet haben.

Die Arbeiter haben den Glauben daran verloren, daß es den Kommunisten ernsthaft darum zu tun ist, den Faschismus zu bekämpfen. Man kann nicht ungestraft in Deutschland mit ihm pöbeln, man kann nicht ungestraft die Kraft der Arbeiterbewegung schwächen, man kann nicht ungestraft jahrelang auf die „Sozialfaschisten“ schimpfen und damit den Blick der Arbeiter für die ungeheuren Gefahren des Faschismus trüben. Der Kampf gegen die faschistische Nordpest, der unerschöpfliche und zielbewusste Kampf, ist das Gebot der Stunde. Er wird erfolgreich sein, wenn es gelingt, die Arbeiter unter den Fahnen der Sozialdemokratie zu vereinigen. Er schlägt fehl, wenn die Arbeiter auch weiterhin den Kommunisten nachlaufen, die die Hakenkreuzleute geradezu herangezögelt haben.

Wir hoffen und verlangen, daß die Behörden das ihre tun: es muß das letzte Rotarbeiterblut geflossen sein. Es muß den Tüben der Krebs und Jung das Mörderhandwerk gelegt werden.

Die Arbeiter haben den Glauben daran verloren, daß es den Kommunisten ernsthaft darum zu tun ist, den Faschismus zu bekämpfen. Man kann nicht ungestraft in Deutschland mit ihm pöbeln, man kann nicht ungestraft die Kraft der Arbeiterbewegung schwächen, man kann nicht ungestraft jahrelang auf die „Sozialfaschisten“ schimpfen und damit den Blick der Arbeiter für die ungeheuren Gefahren des Faschismus trüben. Der Kampf gegen die faschistische Nordpest, der unerschöpfliche und zielbewusste Kampf, ist das Gebot der Stunde. Er wird erfolgreich sein, wenn es gelingt, die Arbeiter unter den Fahnen der Sozialdemokratie zu vereinigen. Er schlägt fehl, wenn die Arbeiter auch weiterhin den Kommunisten nachlaufen, die die Hakenkreuzleute geradezu herangezögelt haben.

Wir hoffen und verlangen, daß die Behörden das ihre tun: es muß das letzte Rotarbeiterblut geflossen sein. Es muß den Tüben der Krebs und Jung das Mörderhandwerk gelegt werden.

Die Verteidigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Die Beerdigung des Opfers.

Mittwoch nachmittags wurde in Proschwitz der von den faschistischen Nordbuben umgebrachte Arbeiter Gödel beerdigt. Die Behörde hat die Verbrennung der Leiche nicht gestattet. Gödel wurde daher im Beisein von vielen hundert Arbeitern am Proschwitzer Friedhof beigesetzt. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, zur Einschärfung ihres Genossen zu erscheinen. Die Polizei „liberte“ die Jungensstrafen zur Reichenberger Feuerhalle durch hartes Ausgebot. Erst im Laufe des Tages wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Einschärfung verboten wurde. Trotzdem wies die Beerdigung viele Teilnehmer auf. Nach verschiedenen Gerüchten soll der Familie des Ermordeten ein anonymes Schreiben zugekommen sein, in dem mitgeteilt wird, daß der Schreiber den Täter kenne und ihn namhaft machen wolle.

Eine angenehme Begegnung.

Von M. Sosischewko.

„PD, Was man nicht alles erlebt! Vor kurzem wurde ich auf der Eisenbahn um eine Erfahrung reicher. Es wirkt kein helles Licht auf die dunklen Seiten unseres Lebens, es wirkt vielmehr ein trübes Licht auf die Eisenbahnverwaltung, die solche ungesunde Zustände herbeiführt.“

Ich befand mich, wie Sie es aus der Einleitung vielleicht erraten haben, auf einer Reise. Nach Moskau. Aus der Provinz. Ich war nämlich in einem Dorfe, in dem die Kollektivwirtschaft oblagte.

Auf dem Kollektivgute — man kennt das „Kolchos“ — geht alles wie auf dem Papier, einfach großartig! Der Roggen wird auf den Tag reif, der Weizen blüht wie in der bekanntesten Redensart, der Hafer schießt in Rehren, daß es ein Vergnügen ist, dazustehen und zuzuschauen! Aber nicht vom Kolchos soll hier die Rede sein! Ich hatte vielmehr die fabelhaften Erfolge der Kollektivwirtschaft bereits hinter mir und bestieg den Postzug nach Moskau.

Ich fand sogar im Wagon dritter Klasse einen Sitzplatz. Nicht so gleich und nicht so leicht, aber ich fand einen. Ich ersuchte die Reisenden in einem Abteil, ein wenig zusammenzurücken, und setzte mich auch hin. Die Zeit war gegen Abend. Es war noch nicht finster, aber schon dunkel. Abenddämmerzeit.

Ich ließ meine Blicke über die Mitreisenden schweifen und sah, es waren ganz liebe Menschen, keine ausgebluteten Gesichter. Einer trug eine lange Mähne auf dem sonst unbedeckten Haupte, er war jedoch kein Geistlicher. Ein weiterer trug einen langen Schnurrbart und eine Uniformkappe. Man sah diesem seine Herzengüte an: Er hielt in der Hand ein Federmesser und teilte einem Apfel; die Apfelscheiben steckte er in den Mund eines Armlösen. Es sah neben

ihm ein junger Mann ohne Arme, sicherlich ein Invalide der Pflicht. Und da er keine Hände hatte, teilte der andere für ihn den Apfel in Scheiben und reichte sie ihm auf der Messerspitze. Ein zu Tränen rührendes Bild, des Pinsels eines großen Malers würdig. Gegenüber saßen auch Leute, darunter ein ergaunter Mann in steifem Hut, der fortwährend lächelte.

Sie hatten wahrscheinlich ein heiteres Gespräch geführt und der ältere Mann konnte sich noch immer nicht beruhigen. Aber nicht der Lächelnde, sondern der Armlöse hatte meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. So jung und schon ohne Arme! Ich dachte, ich werde die Leute langsam in ein Gespräch ziehen und herausbekommen, was ich wissen wollte. Ich richtete nun an den Mann mit der Dienstkappe Fragen allgemeiner Art, doch antwortete dieser nur kurz und ungern. Für ihn antwortete bereitwillig der Intelligenzler mit den langen Haaren auf die üblichen Fragen: wohnen fahren Sie? Was kostet heute das Brot? Haben Sie schwer unter der Wohnungsnot zu leiden?

Er antwortete:

„Wir kennen überhaupt keine Wohnungsnot. Wir leben auf dem Gut.“

„Wie?“ fragte ich ihn. „Sie haben dort ein Zimmer für sich allein?“

„Ein Zimmer?“ erwiderte er mit verächtlicher Gebärde. „Zweiges Zimmer, dazu ein Badezimmer, dazu eine Verhale, und das übrige Zubehör.“

„Hatte man Sie in der Revolution nicht enteignet oder ist bei Ihnen auch so ein Kollektivgut?“ drang ich in ihn weiter.

„Nein“, sagte er, „kein Kollektivgut. Kommen Sie zu uns auf Besuch. Sie werden sehen, wie wir leben.“

„Was sind Sie eigentlich, ich bitte um Entschuldigung“, sagte ich, „ein Pächter, oder ein Landwirt?“

„Ja“, sagte er, „ein Landwirt. Ich bin Gutsbesitzer.“

„Wie soll ich das verstehen?“ fragte ich. „Sie sind ein gewesener Gutsbesitzer? Die proletarische Revolution hatte doch Ihre Klasse weggefegt? Ich bitte Sie um Verzeihung“, sagte ich, „aber ich kann das nicht verstehen. Vielleicht haben Sie das Landhaus für besondere Verdienste um die Revolution erhalten?“

„Ja“, sagte er. „Ohne Frage. Für besondere Verdienste. Aber kommen Sie zu uns auf Besuch! Sie werden sehen, wie wir leben!“

„Was Teufel! dachte ich bei mir. Soll ich mit ihm fahren, sehen, wie er sich trotz durchgreifenden Maßnahmen auf seinem Gute erhalten hatte? Oder hänselt er mich? ... Um so mehr, als der ergaunte, ältere Mann fortwährend lächelte, auf mich blickte und lächelte.“

Ich wollte ihm schon sein unangebrachtes Lächeln vorhalten, als der Mann mit dem Schnurrbart, der früher den Apfel teilte, das Federmesser auf die Bank legte und mir zurief: „Hören Sie doch auf, mit den Leuten zu sprechen, es sind Irre!“

Da erst wurde mir die Erkenntnis! Es waren Irrenirre, und der mit der Dienstkappe war ihr Wärter. Auch der langhaarige war ein Narr. Und auch der Armlöse. Er steckte einfach in der Zwangsjacke und hatte die Arme auf den Rücken gedreht. Es war auf den ersten Blick in der Dunkelheit nicht zu erkennen, daß er Arme hatte. Mit einem Wort, es führen Geistesranke mit ihrem Wärter in eine Irrenanstalt.

Ich blickte auf sie mit seelischer Unruhe und dachte, sie könnten mich noch erlösen. Der Teufel soll sie holen! Und würden den Mord nicht zu verantworten haben, sobald sie unzurechnungsfähig sind.

Während ich das dachte, streckte ein Irre, ein kräftiger Mann, seinen Arm zum Federmesser hin, und schon hatte er es in der Hand. Das war für mich ein Stich ins Herz. Ich sprang auf ihn zu und ergriff seine Hand mit dem Messer. Aber der Mann wehrte sich aus

seinen starken Kräften, und mit Erfolg. Und obendrein kam ihm der Wärter zu Hilfe. „Was ringen Sie mit dem Mann?“ schrie er. „Schämen Sie sich! Es ist kein Messer! Ich habe es von ihm ausgeborgt, um den Apfel zu zerteilen.“

Und der Mann, den ich überfallen hatte, jammerte:

„Ich überlasse mein Messer, und bekomme dafür Schläge! Schöner Dank!“

Der Wärter sagte:

„Das ist kein Irre. Diese drei sind meine Anstaltsinsassen. Aber der ist ein Reisender wie Sie.“

Ich sagte zum Manne:

„In dem Falle bitte ich um Verzeihung. Ich dachte, Sie wären auch verrückt.“

Er erwiderte:

„Sie dachten! ... Truthähne und Karren denken ... Sie haben sich auf mich gestürzt wie ein Besessener.“

Um dem unliebsamen Wortwechsel ein Ende zu machen, hielt ich mich an den Schaffner, der gerade vorbeikom. Ich fragte ihn streng, wieso er es duldete, daß Irre mit gesunden Menschen zusammen reisen?

Der Schaffner erwiderte gereizt:

„Wo soll ich sie denn hintun? Im Hundekäfig ist auch kein Platz frei. Sie brauchen nicht gleich beleidigt zu sein!“

Ich war eigentlich gar nicht beleidigt. Ich hatte bloß Angst bekommen. Es war natürlich ein Widsinn von mir, mit unbekanntem Menschen ein Gespräch anzufangen. Ich sah nun still und freute mich, daß auch die Arren still und ruhig saßen. Aber der kräftige Mann mit dem Messer verfolgte mich mit seinen Blicken ohne Unterlaß, nahm schließlich seinen Koffer aus dem Reg und ging in ein anderes Abteil. Er hatte augenscheinlich von mir nichts Gutes erwartet.

Aus dem Russischen von S. Galveria.

Augenzeugen des Unfalls lie unter dem Flugzeug hervorgezogen konnten. Der Führer des Flugzeuges wurde bei dem Ausprall aufs Wasser aus dem Sitze geschleudert und konnte gerettet werden.

Wirbelsturm.

Washington, 11. September. Nach einem beim Marineministerium eingegangenen Rundschreiben aus San Juan auf Portorico hat dort ein Wirbelsturm außerordentlichen Schaden angerichtet. Infolge Beschädigung der Stromleitung mußte die Nachricht von einer Notstation abgeändert werden, zu deren Weiterbetrieb jedoch nicht genügend Strom vorhanden ist.

Miami. Die hier eingelaufenen Nachrichten über die Sturmkatastrophe in Mittelamerika verdichten sich allmählich zu einem Bild grauenerblicher Verwüstungen. In Boligo allein bürdeten mehrere hundert Verletzte zu belagerten sein. Der Sturm, der über die Stadt raste, hatte eine Geschwindigkeit von 100 bis 150 Meilen die Stunde. Begleitet war er von einer Springschneise, die die Wassermengen bis zu zwei Meter Höhe aufstürzte und die Straßen überschwemmte. Mehr als 70 Prozent aller Häuser sind eingestürzt und unter ihren Trümmern liegen noch zahlreiche Einwohner. Wie es heißt, sollen auch mehrere amerikanische Priester unter den Opfern sein. Die Hilfsmaßnahmen haben bereits eingesetzt.

Zahlungseinstellung einer tschechisch-amerikanischen Bank. Die New Yorker „Bank of Europa“, deren Präsident der bekannte tschech-

isch-amerikanische Bankier Thomas Cavel ist, wurde Ende August von Amis wegen geschlossen und soll innerhalb von drei Monaten liquidiert werden. Diese einzige größere tschechische Bank im amerikanischen Osten, die gut geführt war und auch bis vor kurzem prosperierte, ist nach Meldungen der tschechischen Presse ebenfalls ein Opfer der Wirtschaftskrise geworden. Seit Ende Juni hatte die Bank über sieben Millionen Dollar an Einlagen zurückzahlen müssen, wodurch sie schließlich zahlungsunfähig wurde. Am Tag der Schließung hatte die Bank noch neunehnhundert Millionen Dollar Einlagen, die sich auf 15.000 Sparer verteilten. Die Aktiva der Bank, die in Wertpapieren und Grundstücken bestehen, sind stark entwertet; die eingehendste Untersuchung hat ergeben, daß irgendwelche unlautere Manipulationen als Ursache des Zusammenbruchs nicht in Frage kommen.

Todesurteile in Mähr.-Ostrau. Vor dem Schwurgericht in Mähr.-Ostrau hatte sich Freitag der 23jährige Arbeiter Franz Zubr aus Porubitz bei Orlau zu verantworten, der im Oktober des Vorjahres sein dreimonatiges uneheliches Kind ermordet hatte. Er hatte das Kind mit dem Kopf solange auf einen Stein geschlagen, bis es tot war. Den kleinen Leichnam scharrte er dann auf der Halde ein, die Pflasterchen verbrannte er im Kokslofen und zeichnete auf einem Balken das Datum des Mordes ein. Das Geschworenengericht erkannte ihn mit zwölf Stimmen schuldig, worauf er zum Tode durch den Strang verurteilt wurde.

Die Hand abgerissen. In der neuen Kohlenwäsche der Kohlerei „Karolina“ in Mähr.-Ostrau wurde der Arbeiter Rudolf Wolff vom Treibriemen am Kermel erfasst, wobei ihm das Fleisch der Hand bis an den Ellenbogen abgeschnitten wurde. Der Schwerverletzte wurde sofort ins Krankenhaus geschafft, wo ihm die Hand amputiert werden mußte.

Beim Rangieren von Waggons auf der Grube „Mubina“ in Mähr.-Ostrau kam die Arbeiterin Mlada Barčokova zwischen die Buffer. Sie wurde buchstäblich zerdrückt und so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport ins Krankenhaus ihren Verletzungen erlag.

Falsche Zahnkronestücke. Ein Hotelier in Neupaka stellte dieser Tage unter den Tageseinnahmen ein gefälschtes Zahnkronestück fest. Das Fälschstück ist um 25 Gramm leichter als die normalen Krone. Die Krabungen sind verschieden von den Krabungen echter Krone und die Krone des Goldes und der Aufschrift ist besonders scharf durchgeführt. Sonst ahmt das Fälschstück präzise die echten Krone nach. Die Behörden haben entsprechende Schritte eingeleitet.

Die Vergütungsbekanntmachung an dem vor Kurzem gestrandeten Motorschiff der Hamburg-Amerika-Linie „Burgeland“ machen gute Fortschritte. Der Kapitän hofft, das Schiff in etwa zehn Tagen nach einem japanischen Hafen bringen zu können.

Auf dem Brünner Güterbahnhof geriet Freitag nachmittags der 23jährige Eisenbahnangestellte Stefan Kuriga aus Březno beim Rangieren von Waggons zwischen die Buffer und wurde getötet.

Verschlag bei der Gerichtsverhandlung. Der 24 Jahre alte Schneider Thomas Veran starb Freitag vormittags plötzlich bei einer Verhandlung beim Bezirksstrafgericht in Brünn infolge Herzschlages.

Ein Kind überfahren. In Neu-Veslau bei Brünn lief die siebenjährige Schülerin Vera Matějoková beim Herumtummeln unter ein Personenautomobil, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß sie nach der Ueberführung ins Krankenhaus verschied.

Für Funktionäre der Selbstverwaltung. Schulwesen-Unterstützung für Schulbauten?

Frage: Wie ist ein Gesuch um eine Landesunterstützung für Schulbauten auszustatten?

Antwort: Mit dem Erlaß des Präsidiums des Landesstudienrates vom 2. April 1931, Zahl 1281, präf. n. 1931, wurden Richtlinien für die Einreichung von Gesuchen um Subvention für den Bau von Schulgebäuden aufgestellt. Die an die zuständige Landesbehörde gerichteten Gesuche sind im Wege der zuständigen Bezirksbehörde bis 31. Dezember 1931 einzureichen und haben zu enthalten:

1. Wer um die Unterstützung ansucht (Schul- oder Ortsgemeinde).
2. Welche Gemeinden zur Deckung der Baukosten verpflichtet sind und in welchem Verhältnis.
3. Bezeichnung der Schule.
4. Zahl der definitiven und provisorischen Schulklassen.
5. Schülerzahl in den einzelnen Klassen im laufenden Schuljahre und in den verfloßenen drei Schuljahren. (Besondere Beilage.)
6. Zahl der im Schulgebäude schon errichteten Lehrräume (neue oder alte).
7. Wenn ein neues Schulgebäude gebaut (oder umgebaut) wird, Zahl der im Neu- oder Umbau projektierten Lehrräume.
8. Art des Baues (Neu-, Zu-, Umbau, Ausbesserung).
9. Genehmigung des Baues durch den Gemeinderat (als Baubehörde) und dem Bezirksschulsausschuß (besondere Beilage).
10. Angabe, ob der Bau schon begonnen oder beendet ist.
11. Wieviel der Bau kostete (kosten wird) — die Pläne und der Voranschlag sind beizulegen.
12. Wie die Baukosten gedeckt werden sollen oder wie sie gedeckt wurden (durch Zuschläge, Anleihe, Unterstützungen).
13. Ob eine Anleihe aufgenommen oder ein Baukredit erlangt wurde (Angabe der Höhe und der Bedingungen, am besten Anschluß der Bestätigung des Geldinstituts).
14. Bis zu welchem Maße der Baukredit schon benützt wurde.
15. Ob die Anleihe oder der Kredit von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigt wurde (Angabe des Erlasses).
16. Welcher Teil der Baukosten bezahlt wurde (aus laufenden Geldern, Unterstützungen, Anleihen).
17. Welcher Teil der Anleihe getilgt wurde.
18. Wert des Vermögens (und seines Ertrages) und Schulden der Schulgemeinde.
19. Wert des Vermögens (und seines Ertrages) und Schulden der eingeschulsten Gemeinden. Beide Ausweise (18 und 19) müssen mit dem Grundbuchbogen belegt und von der Bezirksbehörde bestätigt sein.
20. Ob von den beteiligten Gemeinden Abgaben oder Gebühren eingehoben werden. (In einer besonderen Beilage ist anzuführen, welche Angaben in den drei letzten Jahren eingehoben und wie hoch ihr Ertrag war.)
21. Höhe der den Gemeindezuschlägen unterliegenden direkten Steuern in den Gemeinden, welche zur Bedeckung der Baukosten verpflichtet sind. (Besondere vom Steueramt bestätigte Beilage.)
22. Wenn für diesen Bau schon eine Unterstützung erteilt wurde, von wem (Staat, Land, andere öffentliche Körperschaften) und in welcher Höhe.
23. Andere besondere berücksichtigungswürdige Umstände. Außer diesen Beilagen ist noch beizuschließen: a) Der vollständige Voranschlag der Schulgemeinde in den letzten drei Jahren, das laufende Jahr miteingerechnet. In ihnen muß die Berechnung des Abganges des Schulaufwandes enthalten sein; b) Der vollständige Voranschlag aller eingeschulsten Gemeinden (und ihrer Ortsgemeinden), welche zur Bedeckung der Baukosten verpflichtet sind, ebenfalls für drei Jahre.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas fachmännisch angepasst wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Romana“, ausführen.

3225 Versuche wurden vor 10 Jahren in den Laboratorien der Firma Kala & Co., Schlan, angestellt, ehe die Zellulose-Batterien und die Radio-Paluba auf dem Markt eingeführt wurden. 3225 Versuche! Welche Summe von Fleiß und Anstrengung waren da nötig! Diese Versuche zeugen von der Gründlichkeit und dem Sinn für Verantwortung der angeführten Firma gegenüber sich selbst und gegenüber ihrer Kundenschaft. Es werden bloß gründlich und eingehend überprüfte Erzeugnisse auf den Markt gebracht. Die Firma Kala stellt ein Musterbeispiel einer Fabrik dar, die auf diese Art und Weise und durch dieses Vorgehen in einigen wenigen Jahren sich die Gunst einer derartig großen Kundenzahl erworben, daß sie in der Batterien-Industrie unumwunden den führenden Platz in der Republik einnimmt. 1210



Reichbelohnte 3 Minuten...

Das ist alles, was die regelmäßige Pflege mit Kalodont an Zeit beansprucht und dauernd mit blanken, festen und gesunden Zähnen belohnt. Gegen die Ursache lockerer und kranker Zähne, den gefährlichen Zahnstein, enthält nun Kalodont jetzt das wirksame Mittel (Sulforzinoleat nach Dr. Bräunlich).

KALODONT

gegen Zahnstein

Anschluß der Arbeiter-Schach-Internationale an die SASI.

Die Arbeiter-Schach-Internationale hielt in Wien eine Sitzung ab, die von außerordentlicher Bedeutung für die Einheit im Arbeitersport und im sozialistischen Kulturleben geworden ist. Vertreten waren in Wien die der Internationale angeschlossenen Verbände von Oesterreich, Ungarn, Dänemark, Schweiz, Deutschland und als Gäste der Arbeiter-Schachbund von Polen und die Schachsektion des Russiger Arbeiter-Turn- und Sportverbandes.

Der Vorsitzende der Internationale, Gläzer (Chemnitz), behandelte in seinem Bericht eingehend die Vorgänge, die sich während und nach dem Austritt der Russen aus der Internationale abgespielt haben. Einmütige Zustimmung fand seine Feststellung, daß es den Russen von vornherein nicht um die Erhaltung der Einheitsfront ging, sondern um eigene, rein parteipolitische Ziele innerhalb der Arbeiter-Schachbewegung, ohne Rücksichtnahme auf die jeweils bestehenden Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Die zweideutige Haltung der Russen hat eine ganze Reihe internationaler Sitzungen zwangsläufig notwendig gemacht, die eine erhebliche Summe Geldes verschlungen haben. Von parteipolitischen Kämpfen, die auch heute noch innerhalb des deutschen Bundes eine Rolle spielen — wenn auch ihr Höhepunkt bereits überschritten ist — werden auch die Verbände nicht verschont bleiben, die in ihren Ländern stärkeren kommunistischen Einfluß haben. Gläzer kam zu der Schlussfolgerung, daß es daher für die gesamte internationale Schach-

bewegung eine dringende Notwendigkeit ist, engsten Anschluß an die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale (SASI) herbeizuführen.

Die Schachsektion des Russiger Arbeiter-Turn- und Sportverbandes wird sofort ihren Beitritt vollziehen, wenn der Anschluß an die SASI zustande kommt.

Unter den gleichen Bedingungen ist auch der Arbeiter-Schachbund Polens bereit, beizutreten.

Die Stellungnahme zur Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale wurde ihrer Bedeutung wegen in einem besonderen Tagesordnungspunkt behandelt. Die Aussprache war kurz, aber gehaltvoll. Alle Delegierten waren von der Notwendigkeit des Anschlusses an die SASI überzeugt. Lediglich der Schweizer Vertreter wünschte eine kurze Erklärungsfrist. In Anbetracht der in der Schweiz besonders gelagerten Verhältnisse wurde diese Frist bis zum Schweizerischen Bundeskongress, der im Oktober stattfindet, gewährt. Im übrigen kam es zum einstimmigen Beschluß:

„Die Arbeiter-Schach-Internationale ist in ihrer bisherigen Form aufgelöst und konstituiert sich neu als internationale Schachpartei der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale.“

Wir begrüßen diesen Schritt der Arbeiter-Schach-Internationale. Er ist ein Sieg der ehrlichen Einheitsfront der sozialistischen Arbeiterschaft.

Kleine Chronik

Der neue Anzug.

Jedesmal, wenn ich vor der Notwendigkeit stehe, einen alten Anzug austauschen zu müssen, wird es mir wehmütig ums Herz. Man sieht sich näher. Und abgesehen davon, daß die Unterwäsche nützliche Beziehungen nicht aufkommen läßt, ist man doch den ganzen Tag zusammen. Viel, was man im Leben erreicht, verdankt man doch dem Anzug, den man trägt, und auch das bindet. Aber alle Gefühle, alle Sentimentalitäten helfen nichts. Eines Tages, wenn man sich eben entschlossen hat, den Anzug, den man liebgewonnen, noch ein Jahr durchzutragen, macht man die Entdeckung, daß der Hofboden durchgeessen ist. Man kann ihn betrachten, wie man will, man mag sich einreden, daß es kein Mensch sieht, gegen das Licht gehalten ist der schöne Stoff, über dessen Festigkeit man so viel Freude empfand, eine Gardine. Und Gardinen sind bei den heutigen Begriffen von Anstand und Moral nicht geeignet zur Bedeckung menschlicher Blößen. Diese Feststellung ist immer das Wehmütigste. Man denkt, daß man den Anzug flicken könnte, aber man bekommt den Stoff nicht. Und wenn man ihn bekommt, der durchgeessene Hofboden war nur das Signal. Andere Fehler melden sich bald. Und es bleibt schon dabei, das beste ist, einen neuen Anzug zu kaufen. Auch dazu kann man sich nicht entschließen, denn so sehr, wie einem der alte Anzug gefiel, gefällt einem kein neuer. Aber was sein muß, muß sein und so geht man, wenn auch schweren Herzens, hin, um einen neuen Anzug zu kaufen. Zunächst grüßelt er einem gar nicht. Die Nähte sind steif, die Knopflöcher eng und der einzige Vorzug ist, daß die Hose so schön gebügelt ist, wie man lange keine mehr an den Beinen gehabt hat. Aber so, wie man das erst festgestellt hat, beginnt schon das Wunder. Plötzlich entdeckt man hundert Vorzüge an dem neuen Anzug, die der alte nicht hatte. Und mit dem Bewußtsein, daß man vorteilhafter ausseht, wächst auch das Selbstbewußtsein und plötzlich kann man es gar nicht mehr begreifen, was man an dem alten Lumpen, der nun vergessen im Win-

tel hängt, gefunden hat. Schließlich, er war zu seiner Zeit so auch schön, das findet man. Und gefessen hat er auch. Aber der Schnitt war doch allmählich schon sehr aus der Mode gekommen. Und wie man diese Farbe so lange getragen hat, das begreift man kaum. Nur manchmal, wenn einem die Erinnerung an irgendeinen Vorteil, den man nur dem alten Anzug verdankte, damals als er noch neu war, aufsteigt, kommen wärmere Gefühle auf, aber neue Vorteile und neue Begegnungen machen die alten vergessen und wenn ein beim Austräumen in unserm Schrank der alte Anzug plötzlich mit dem wehmütigen Blick, der alles alte, von der Zeit verbrauchte, an sich hat, ansieht, brummen wir lieblos vor uns hin. Warum der Lumpen immer noch da rumliegt und den Platz wegnimmt.

Wir verstehen selbst nicht, warum wir plötzlich so lieblos sind gegen den alten Kameraden, aber wir sind es. Und wie es die Menschen fertig bringen, zu den Gefährten ihrer Jugend, die das Leben kürzlicher verbrachten, als es sie selbst verbrachte, „Lump“ zu sagen und sich mit Ekel von ihnen abzuwenden, wenn sie ihnen unerwartet begegnen, das verstehen wir dann plötzlich auch. Aber besser macht uns diese Erkenntnis nicht. Erich Grijar.

Angriff auf den Weltrekord. Auf dem Flugplatz Le Bourget starteten Freitag früh zwei Flugzeuge, die den Weltrekordweltrekord verbessern wollen, den gegenwärtig die Amerikaner Boardman und Blandino mit ihrem Flug New York — Stambul mit 8100 Kilometer inne haben. Es handelt sich um die Mannschaft Codas und Kobida mit dem Flugzeug „Fragezeichen“ und um die französische Mannschaft Doret. Le Briz und Resmin, die das Flugzeug „Bindestrich Nr. 2“ zur Verfügung haben. Beide Mannschaften wollen die Richtung Tokio über Berlin-Königsberg-Moskau — Madras verfolgen. Erreichen sie Tokio, so würden sie den Rekord auf 10.000 Kilometer verbessern. Der „Bindestrich Nr. 2“ hat 8000 Liter Benzin, der „Apparat „Fragezeichen“ 5170 Liter getankt.

Centralbank der deutschen Sparkassen in der Tschechoslovakischen Republik.

Hauptanstalt: Prag II., Bredauergasse 14.
Zweigniederlassungen: Aussig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichenberg, C. Teschen, Trautausa, Troppan.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Prager Produktionsbörse. (Offizieller Bericht vom 12. September.) Die Produktionsbörse bot heute ein ruhiges Bild und der Besuch war kleiner als es an Freitagen üblich ist. Weizengetreide hatte trotz des sichtlich Weizenangebotes eine freundliche Stimmung, doch kam dies in den Preisen nicht zum Ausdruck und die Weizen- und Roggenpreise blieben unverändert. Etwas teurer stellte sich Gerste, die andauernd gefragt bleibt (-1-1-2 K). Auswahlgerste 1931 notierte 136-141, Ia. 127-133 und Mittelgerste 121-124. Hafer hatte dagegen unter Angebot zu leiden, was auf den Preis nicht ohne Einfluß blieb (-1 K). Böhmisches Hafer 1931 117-119 und schlechterer 103-112. Nur am Getreidemarkt war etwas Geschäft, sonst herrschte überlegend Ruhe. Die amtlichen Notierungen verzeichnen bei La Plata-Mais 57-58 (minus 1), bei Schwedenflur 709-830 (minus 100), bei Ariele, wo die obere Preissteigerung gesunken ist, ergibt sich für Weizenkleie eine Notierung von 74-75 und bei Roggenkleie eine solche von 75-76. Schließlich stellen sich im Amtsentwurf böhmische und mährische frische Eier auf 40-42, frische slowakische auf 37 bis 40, polnische frische Eier auf 36-39 und frische polnische zu 1440 Stück auf 21-23, was eine Verteuerung von durchschnittlich 2 bis 3 Kronen bedeutet.

Gerichtssaal

Ein Angeklagter, den niemand belastet.

Prag, 11. September. Es hat sich mehrfach ereignet, daß Richter in offener Verhandlung laut darüber klagten, daß das Untersuchungsmaterial oft in ganz unzureichender Weise verarbeitet wird. Zeugeneinvernahmen im Zuge der Voruntersuchung durchgeföhrt werden und der Richter häufig genug erst während des Strafverfahrens um die Ergänzung des Beweismaterials sich kümmern muß. Es ist schon in der Fach- und Tagespresse darauf hingewiesen worden, daß die Untersuchungsrichter ihrer Aufgabe häufig nicht voll entsprechen. Die Folge ist, daß viele Verhandlungen unnötigerweise mehrfach vertagt werden müssen, was nicht nur eine vermeidbare Mehrbelastung der ohnehin überarbeiteten Richter bedeutet, sondern auch eine effektive Geldvergeudung. Denn die Zeugen müssen Fahrkosten- und Aufwandsentschädigungen erhalten, die Anwälte rechnen für die mehrfache, gerichtliche Intervention ein höheres Honorar u. a. m. Ansehend hat sich aber auch die Anklagebehörde das Ziel gesetzt, auch die schwächste Anklage bis zur Verhandlung zu treiben, obgleich der Staatsanwalt nach der Strafprozessordnung nicht nur auf das belastende Material, sondern ebenso auch auf die Entlastungsgründe Rücksicht zu nehmen hat. Jedenfalls erlebt man hierzulande kaum, daß der öffentliche Ankläger eine Anklage fallen läßt, selbst in solchen Fällen, wo der Hauptzeuge von Anfang an den Angeklagten entläßt. So wurde eine Hausgehilfin wegen Diebstahl verfolgt, obwohl der geschädigte Dienstherr ausdrücklich erklärte, keinen Verdacht gegen sie zu hegen. Und derartige Fälle gibt es genügend.

So hatte heute ODR Jarmanek als Einziger einen Fall nach dem berühmten „Einundachtzig“ abzurufen. Widerstand gegen eine Amisperson. Kommunistendemonstration — Verstoß zum Auseinandergehen und (wie üblich) sofortiges Einschreiten der Genarmen gegen die Demonstranten, die einfach keinen Raum hatten „aneinanderzugehen“. Mehrfache Anklagen waren die Folge. Originell war das Verhör mit dem Waidmeyer. „Hat sich der Angeklagte widerlegt?“ — „Nein.“ — „Hat er sie angegriffen?“ — „Nein.“ — „Hat er versucht, die Amisbehandlung zu vereiteln?“ — „Nein.“ — „Auf jede Frage nach dem schuldhaften Tatbestand ein promptes „Nein!“ Und trotz dieser negativen Darstellung, die von allem Anfang an vorlag, mußte eine Hauptverhandlung angelegt, Arbeitszeit verflumt, Zeugengebühren bezahlt, mit einem Wort das ganze gerichtliche Szenarium in Bewegung gesetzt werden.

Der Angeklagte wurde freigesprochen. Aber es muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß, abgesehen vom rein ökonomischen Standpunkt, hier noch andere Dinge in Frage kommen. Wir haben es schon erlebt, daß gewisse parteipolitische Dienstgeber ihren Angestellten auf die bloße Anklage hin auf die Straße warfen, daß z. B. ein freigesprochener Familienvater mit fünf Kindern zum beschäftigungslosen Bettler geworden ist, der im Obdachlosenzahl haust, während seine Kinder der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob eine solche mehr als liebevolle, einseitige Betreuung des „Tatbestandes“ wirklich den Erfordernissen einer wohlverstandenen Justiz- und Sozialpolitik entsprechen kann.

